

einführen, durch die sich europäische Unternehmen durch klimafreundliche Maßnahmen draußen in der Dritten Welt ein Stück weit ihrer Pflichten entledigen können. Man kann auch noch weiter gehen und jedem Land sein »Budget« von Naturverbrauch zuordnen, – welches die alten Industrieländer schon fast aufgebraucht haben, so dass sie sich über den Markt neue Lizenzen einkaufen müssten. Dann wäre der Effizienzdruck auf einmal weltweit zu spüren, und Brasilianer und Chinesen wären darüber nicht einmal unglücklich.

Es gibt jedoch die »üblichen Verdächtigen«, die bei all dem nach menschlichem Ermessen nicht mitmachen, allen voran die USA, die unter der neuen geistigen Knechtschaft durch ihre »Tea Parties« gelähmt sind. Doch auch das braucht uns Europäer

nicht zu schrecken. Wenn es um ein weltweites Wettrennen um die Führerschaft bei den Technologien und Infrastrukturen für ein klimaverträgliches 21. Jahrhundert geht, schadet es den Pionieren überhaupt nichts, wenn sich einige große Länder als unbeweglich erweisen. Europa könnte sich sogar bewusst mit China, Japan, Südkorea, Indien und einigen anderen verbünden, um die neue Industrielle Revolution voranzutreiben. Wenn sich Europa und die technologisch dynamischen Länder Asiens zusammentun, dann werden sich die Amerikaner die Augen reiben und kurz danach, unter Führung von Wallstreet-Strategen, freudig mitmachen!

Dann hätte der Fortschritt endlich weltweit eine neue, nachhaltige Richtung bekommen!

Susanne Höll

Die SPD zwischen Selbstvergewisserung und öffentlichem Diskurs

Im öffentlichen Diskurs leidet die SPD seit einiger Zeit unter einem Bedeutungsverlust. Hieran hat auch das Fortschrittspapier wenig geändert, konstatiert unsere Autorin. Daneben aber erkennt sie in Sachen Selbstvergewisserung auch deutliche Fortschritte – immerhin.

Susanne Höll

(* 1957) nach dem Studium der Politischen Wissenschaften und Volkswirtschaft Korrespondentin der Agentur Reuters, unter anderem in Berlin, Bonn, Warschau und Moskau. Seit 2001 Redakteurin der *Süddeutschen Zeitung*, derzeit im Parlamentsbüro in Berlin.
Susanne.hoell@sueddeutsche.de



Im Januar hat die SPD-Spitze den Versuch unternommen, die Partei – aber auch die Öffentlichkeit – nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2009 und einem Jahr oft schmerzvoller Auseinandersetzungen mit den Gründen dieser Niederlage auf eine neue Programmdiskussion einzustimmen.

Das Ergebnis nennt sich »Entwurf für ein Fortschrittsprogramm«, trägt den Titel »Neuer Fortschritt und mehr Demokratie« und hat, so darf man heute sagen, manche der allzu weitreichenden Hoffnungen der Autoren nicht erfüllt. In der gesellschaftlichen Diskussion ist, jedenfalls bislang, keine nennenswerte Resonanz festzustellen, weder auf das Papier in toto noch auf den Versuch der Führung, sich mit dem Begriff »Fortschritt« ein neues, publikumswirksames und wahlkampftaugliches Motto zuzulegen. Dafür ist die SPD nicht allein, aber durchaus mit verantwortlich. Aber es gibt auch Positives zu vermerken. Das Programm ist, soweit man das

als Nicht-Mitglied sagen kann, ein Zeichen für die Normalisierung der zutiefst disfunktionalen Binnenkommunikation der Sozialdemokraten in den letzten Jahren der Großen Koalition.

Auf der Suche nach einem neuen Identifikationsmotto verfiel man auf den Ausdruck des »Neuen Fortschritts«. Wohl auch, weil dessen technokratischer Schwes-terbegriff, die »Innovation« dem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder 1998 Erfolg bescherte, der nach den gesellschaftspolitisch trägen Jahren frischen politischen Wind in Aussicht stellte. Fortschritt aber verbinden viele Deutsche heutzutage nicht mit positiven Verheißungen. Bestenfalls ist der Begriff neutral besetzt (energiesparende Autos, leistungsfähige Computer). Schlimmstenfalls wird er als bedrohlich empfunden, als Kennzeichen der globalisierten Welt, in der die Pleite einer US-Bank zu einem internationalen Finanzkollaps zu führen droht und die Schulden kleinerer EU-Länder zu einem Aus für den Euro und damit des Projekts Europa. Mit dem Fortschritt ist es wie mit der Reform. Die hatte auch einmal einen guten Namen, steht aber aus bekannten Gründen inzwischen in Ver-ruf. Auch leidet die SPD noch immer da-runter, dass viele ihrer Mitglieder und Wähler die Politik aus den Regierungsjahren nicht als Fort- sondern als Rückschritt wer-ten. Das ist zwar ungerecht, weil die Hartz-Reformen ungeachtet mancher Irrtümer und Irrwege viel dazu beitragen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft wächst und die Schulden nicht noch höher sind, doch wer sich über Hartz-Regelungen grämt, dürfte eine fortschrittliche Selbst-etikettierung der SPD als Hohn empfinden. Auch muss sich die SPD den Vorwurf gefal-len lassen, dass sie sich begrifflich mit frem-den Federn schmückt. Denn die Grünen haben den traditionellen Fortschrittsbe-griff bereits vor 20 Jahren in Frage gestellt und ihn seither längst um ökologische, aber auch um ökonomische Kriterien der Selbstbeschränkung erweitert.

Programme und Illusionen

Aus historischen und äußerst ehrenwerten Gründen schätzt die SPD, wie andere linke Parteien dieser Welt, den Wert des ge-schriebenen Wortes. Sie überschätzt aller-dings die öffentliche Wirkung von Pro-grammen und Traktaten im 21. Jahrhun-dert. Das gilt umso mehr, wenn die Über-legungen in der Form und dem Umfang des vorliegenden Fortschrittpapiers prä-sentiert werden. Weder die Sprache noch die Länge (43 Seiten) ist angetan, Leselust zu wecken, nicht bei SPD-Mitgliedern und bei Parteilosen schon gar nicht. Inhaltlich kann man an der Ideensammlung keinen größeren Anstoß nehmen. Warum auch? Die meisten Forderungen sind aus dem Bundestagswahlprogramm bekannt. Mit neuen Programmen und Kurskorrekturen (Leiharbeit, Schonvermögen) werden die Sozialdemokraten verloren gegangenes Vertrauen nicht zurückgewinnen. Mit ei-nigen wenigen, dafür aber klaren und ver-ständlichen Botschaften (Schuldenabbau, Bildung und Integration, Mindestlohn) da-gegen schon. Die Wende bei der Rente mit 67 erfüllt die Anforderungen an klare und verständliche Aussagen übrigens nicht.

Die SPD, ihr Selbstverständnis und öffentlicher Diskurs

Die Sozialdemokraten verstehen sich histo-risch als Schutzmacht der abhängig Beschäf-tigten, soziale Gerechtigkeit ist ihr Mar-kenkern. Auch im Fortschrittsprogramm findet sich dieser Anspruch, Anwalt der vom Schicksal, von Spekulanten und ano-nymen Marktkräften gebeutelten Bürger zu sein. Diese Welt- und Politik-sicht ist be-fremdlich und wirkt altbacken. Viele, ge-rade junge Leute haben ein deutlich selbst-bewussteres Selbstverständnis, sehnen sich nicht nach paternalistischen Regierungen, sondern trauen sich sehr wohl zu, ein Le-ben nach eigenen Wünschen und Vorstel-

lungen zu führen, hegen keine Sehnsucht nach fürsorglicher politischer Obhut, sondern nach Partizipation. Auch deshalb finden sie die SPD wenig attraktiv, nicht nur bei Wahlen. Die Sozialdemokraten haben es bis heute nicht verstanden, zeitgemäße Formen der Kommunikation mit ganzen Bevölkerungsgruppen zu finden.

Um den Ruf der Sozialdemokraten ist es seit September 2009 überwiegend schlecht bestellt. Für ihre Positionen und Inhalte interessierte sich zeitweise kaum ein Mensch, die Verwerfungen in der schwarz-gelben Koalition mitsamt Ministerrücktritten, der Aufstieg der Grünen, die Umwälzungen im arabischen Raum und die Euro-Krise beanspruchten das Interesse der Öffentlichkeit. Daraus ist den Sozialdemokraten kein Vorwurf zu machen. Der öffentliche Bedeutungsverlust war unvermeidlich und vorhersehbar, damit hat jede Oppositionspartei zu kämpfen. Vorwerfen darf man ihren Protagonisten jedoch, dass sie das kleine verbliebene Maß öffentlicher Aufmerksamkeit immer wieder einmal mit Binnen-Dramen, besser gesagt Dramoletten, ausschöpfen. Die teilweise absurden Debatten um den Ausschluss von Thilo Sarrazin und den Ausgang des Schiedsverfahrens, die allzu frühe Diskussion über den nächsten Kanzlerkandidaten und der zwischenzeitlich fast abfällige Umgang mit den Grünen haben die Bemühungen der Parteiführung um eine programmatische Profilierung zurückgeworfen.

Programm und Selbstvergewisserung

Das Fortschrittpapier darf gewertet werden als ein Dokument der Selbstvergewisserung nach der Wahlniederlage 2009. Wer immer fürchtete – oder hoffte –, die Sozialdemokraten würden sich programmatisch vollständig neu orientieren und sich dabei der Linkspartei annähern, wurde eines Besseren belehrt. Der Programm-

entwurf ist dafür ein guter Beweis. Inzwischen herrscht in der SPD große Einigkeit darüber, dass der Schuldenabbau Vorrang haben muss, selbst um die einst höchst umstrittene Schuldenbremse gibt es keinen größeren offen ausgetragenen Zwist mehr. Schön wäre es allerdings, wenn die Sozialdemokraten überall dort, wo sie regieren, ihre gewonnenen Erkenntnisse auch in die Tat umzusetzen versuchten. Etwa auch in Nordrhein-Westfalen, wo Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zunächst mit großer Vehemenz erklärte, warum es gerade in ihrem Land widersinnig wäre, die Ausgaben zu kürzen und zu sparen. Mit ihren Finanz- und Abgabenplänen ist die Bundes-SPD auf der Höhe der Zeit und trifft das aktuelle Lebensgefühl der Bürger. Es gibt in der Bevölkerung keine lautstarken Forderungen nach Steuersenkungen. Moderate Erhöhungen der Spitzensteuersätze finden Zustimmung, übrigens auch bei denen, die künftig solche höheren Steuern zahlen müssten. Das Projekt einer strukturellen Absenkung der Sozialabgaben bei Geringverdienern hat Modellcharakter. Ob und wie alle Ziele – mehr Geld für die Bildung, Hilfen für überschuldete Kommunen, Etatsanierung und Entlastung der Arbeitnehmer – erreicht werden können, wird noch strittig debattiert. Gut so, kann man da nur sagen. Denn inzwischen können die Sozialdemokraten solche Auseinandersetzungen führen, ohne sich, wie vor wenigen Jahren geschehen, gegenseitig zu zerfleischen und persönlich zu diffamieren. Streit, in der Sache wohl gemerkt, ist für eine Partei lebenswichtig, für eine Volkspartei allzumal. Der neue, zivile Ton ist eine der ganz großen Errungenschaften der Partei in den vergangenen beiden Jahren. Die zweite ist der inzwischen äußerst souveräne Umgang mit der Linkspartei, die der SPD keine Angst mehr einjagen kann, noch ihr die Themen diktiert. Beides tut der SPD und ihrem Ansehen gut – und beides ist ein großer Fortschritt.